

# Stettiner Zeitung.



Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 7. September 1883.

Nr. 416.

## Deutschland.

Berlin, 6. September. Die „Nat.-Zig.“

Man sollte meinen, daß die bisherigen Erörterungen der Presse über die Frage, ob das Stettiner Eisenbahn-Unglück durch die Annahme des am 18. April im Abgeordnetenhaus abgelehnten Vorbeschlages der Regierung hätte verhindert werden können, die unbedingte Unmöglichkeit einer politischen Ausbeutung dieses traurigen Vorfalls ergeben hätten. Einzelne konservative Blätter, welche Anfangs eine solche Ausbeutung versuchten, haben denn auch bereits soweit den Rückzug angetreten, daß sie nur noch die Voraussetzungen der Regierung rühmen, welche schon vor Monaten die Notwendigkeit eines Umbaus des Stettiner Bahnhofes dargelegt habe — was man mit dem Bemerken zugeben kann, daß diese Einsicht auf allen Seiten geteilt wurde, da eine Meinungsverschiedenheit nur über die Art der Abhilfe und über die Höhe der erforderlichen Geldmittel bestand.

Die reaktionäre Agitation für die hiesigen Stadtverordnetenwahlen scheint aber um Vorwände zu Angriffen auf die Liberalen zu verlegen zu sein, daß sie das Stettiner Thema, von dem sie sich im ersten Augenblicke viel versprochen, trotz der inzwischen erwiesenen Unbrauchbarkeit desselben nicht fahren lassen will: man kündigt für nächsten Montag eine „große Volksversammlung“ an, in welcher dasselbe im Sinne der erwähnten Agitation behandelt werden soll. Es mag daher der Mühe werth sein, das Ergebnis der in der Presse während der letzten Tage geführten Diskussion nochmals kurz zusammenzustellen.

Der wichtigste Punkt desselben ist die aus dem topographischen Bericht konstatirte Erklärung des Kommissars der Regierung bei der Verhandlung vom 19. April: der vom Ministerium vorgeschlagene Umbau des Stettiner Bahnhofes werde „mindestens zwei Jahre dauern“. Es war, bevor diese Erklärung in Erinnerung gebracht wurde, eine bedauerliche Frittelerei, wenn man behauptete, die Annahme des Regierungsvorschlages hätte das Unglück verhindert; nach der Feststellung jener Erklärung entzieht eine solche Behauptung sich jeder ernsthaften Erörterung. Es ist ferner festgestellt, daß die Notwendigkeit eines Umbaus des Stettiner Bahnhofes im Abgeordnetenhaus von keiner Seite bestritten worden; selbst der Redner des Zentrums, obwohl er einige unliebsame Bemerkungen über die Ansprüche der Bahnen an die Staatskasse machte, war zur Bewilligung der Kosten für das billigere Projekt bereit. Die Frage aber, ob die von der Regierung vorgeschlagene, theure Tunnel-Anlage oder die von der Budget-Kommission empfohlene, minder kostspielige Straßen-Unterführung vorzuziehen ist, liegt heute so unentschieden wie am 19. April; es ist eine schlechteste sinnliche Behauptung, daß das Unglück vom Sonntag etwas für das Regierungs-Vorhaben beweisen habe, und die Konservativen haben nicht den geringsten Grund, sich etwas darauf zu Gute zu thun, daß sie für dasselbe gestimmt haben; trotz des Unglücks vom Sonntag kann eine ernante Untersuchung ergeben, daß das billigere Projekt ausreichend und daher vorzuziehen ist.

Die leidenschaftlichen Angriffe auf die Regierung vom 19. April haben naturgemäß bewirkt, daß in der Presse der Spieß umgekehrt und die Frage aufgeworfen worden, warum die Verwaltung, welche die Bahnhofsverhältnisse in Stettin für so gefährlich hielt, nicht wenigstens provisorische Sicherheitsmaßregeln angeordnet hätte. Daß solche ohne Schwierigkeit und ohne erhebliche Kosten möglich waren, ist durch die Anordnung derselben nach dem Unglück, sowie durch mannigfache Vorschläge von Sachkundigen und aus dem Publikum erwiesen. Wir behaupten unersetzlich nicht, daß durch das Unterlassen solcher Maßnahmen die Vermeidung die Schuld an dem Unglück auf sich geladen habe; aber es ist leicht vorauszusetzen, daß eine solche Ansicht in weiten Kreisen das Schlussresultat der ganzen Erörterung sein wird, wenn dieselbe durch die Fortsetzung der thörichten Angriffe auf die Mehrheit vom 19. April immer von Neuem verhillt wird.

Die aus Koburg gemeldet wird, hat sich Herr von Reubell, der deutsche Botschafter am italienischen Hofe, in diesen Tagen dort mit Freiherren Alexandru v. Grünhof, Tochter des verstorbenen Herzogs Ernst von Württemberg aus seinermorganatischen Ehe mit der Sängerin Feasiani, spätere Baronin Natalie v. Grünhof, verlobt. Die

Verählung wird sicherem Verrechnen nach am 15. v. M. in Koburg stattfinden. Herr v. Reubell ist seit einigen Jahren Wittwer. Der „Börs.-Cour.“ schreibt: Alexandra v. Grünhof lebt mit ihrer Mutter auf dem von der Lepteren von ihrem Gemahl, dem Herzog Ernst von Württemberg, geerbten Lustschloß bei Koburg. Die Braut ist etwa 20 Jahre alt, Herr v. Reubell im Jahre 1826 geboren. Beide lernten sich im vorigen Jahre in Rom kennen und es soll die von dem Brautpaare mit großer Begeisterung betriebene Musik — Herr v. Reubell ist als Violoncellist bekannt, Fräulein von Grünhof eine vorzügliche Klavierspielerin — die Stifterin des Bundes gewesen sein.

Unter der Ueberschrift „die Führerschaft in Europa“ bringt die „Pall Mall Gazette“ einen die Stellung Deutschlands und die Politik des Fürsten Bismarck feiernden Artikel, der besonders bemerkenswerth ist in einem Blatte, welches am Sturze Beaconsfelds seiner deutschfreundlichen Politik halber einen so großen Antheil hatte. Das Herrs Gladstone nahestehende Blatt schreibt gelegentlich des Jahrestages von Sedan:

Dreizehn Jahre waren es gestern, daß das französische Kaiserreich auf dem Schlachtfeld von Sedan zu Grunde ging, Frankreich ward zur Republik, aber die Führung in Europa ging auf das deutsche Reich über. In der Republik des Kontinentes ist der kleinste Staat so gut wie der größte souverän, Belgien steht neben Rußland; alle Mächte aber wissen, daß der erste Platz am europäischen Aequator dem Stärksten unter ihnen gehört. Seit Sedan nimmt Deutschland diese Stellung ein; sein Anspruch darauf ward damals erprobt und seitdem niemals in Frage gestellt. Der letzte Jahrestag dieses entscheidenden Sieges findet Deutschlands Autorität kräftiger begründet, allgemeiner anerkannt als in irgend einer Epoche seit dem großen Krieg.

Eine Suprematie wie sie Deutschland genießt, fast ohne Vorgang an sich, ist noch einziger in der Art, wie sie ausgrübt wird. Weder England nach Waterloo, noch Frankreich nach Solferino, noch Kaiser Nikolaus nach Niederwerfung des ungarischen Aufstandes übten einen ähnlichen Einfluß. Die meisten Männer, die in den Traditionen der Lehre von dem europäischen Gleichgewicht aufgewachsen sind, würden es für unmöglich erklärt haben, daß eine so ungeheure Autorität in die Hände einer einzelnen Regierung gelegt worden sein konnte ohne ersten Nachtheil für den Frieden, die Unabhängigkeit und das allgemeine Wohlergehen Europas. Allein nach dreizehnjähriger Erfahrung der neuen Lage kann kein unparteilicher Beobachter in Abrede stellen, daß das deutsche Uebergewicht im Ganzen das gesundeste Element in der europäischen Lage gewesen ist. Die deutsche Politik hat gelegentlich Irrthümer begangen, denn Deutsche sind sterblich wie andere Menschen, aber im Ganzen hat Europa das Vorhandensein dieser großen friedliebenden Kraft in seinem Centrum zum Vortheil gereicht und wenn es gewiß wäre, daß dieselbe in der Zukunft mit derselben Weisheit und Zurückhaltung wie bisher gehandhabt werden würde, so würden nur wenige Männer außerhalb des engen Kreises französischer Politiker nicht geneigt sein, *Es to perpetua* zu sagen. Eine so ungeheure Macht ist selten so gut angewendet worden und England, welches jetzt Zeuge der ersten Folgen der Wiederbelebung französischer Thätigkeit in Madagaskar und Tonkin ist, hat selten mehr die enormen Vortheile empfunden, welche gewonnen wurden durch den großen Sieg, der mit einem Schläge Frankreich von dem Kaiserreich und Europa von der Ruhelosigkeit des französischen Ehrgeizes befreite.

Das Ideal der Zukunft des Kontinentes ist die Vereinigung seiner Staaten zu einer großen europäischen Konföderation. In seinen Anfängen liegt dies Werk schon in der jetzigen Stellung Deutschlands zu den Mächten. Für das Heraufwachsen von Ordnung und Gesetz aus einem anarchischen Zustand ist es wichtiger, daß die Zentralmacht stark als sie in allen Punkten gerecht ist. Deutschland ist stark und wird jeden Tag stärker. Hinter Deutschland steht Oesterreich, hinter Oesterreich Italien, Rußland ist ein hundertjähriger Alliierte, Spanien ist begierig, dem großen Friedensbunde sich anzuschließen. Deutschland ist durch seine Verfassung, seine Lage, durch sein Temperament und seine Interessen das einzige Land, das zur Rettung Europas berufen ist. England steht außer der Kon-

terrens, es ist asiatische, afrikanische, australische Macht; Rußland ist ein asiatischer Staat, Frankreich strebt nach Macht jenseits der Meere. Deutschland nimmt ein beseligtes Lager im Mittelpunkt Europas ein und alle seine Interessen sind europäische, es hat Alles erreicht, was es erstrebte, will nur den Frieden und ist deshalb die mächtigende Macht zwischen den Nationen; seine Politik ist die der Nichtintervention, illustriert durch das Wort von den Knochen des pommerischen Grenzablers, gemüthigt durch die kräftige Handhabung der Funktionen des christlichen Malters. Der Versuch, einen *modus vivendi* zwischen Oesterreich und Rußland in den Balkanländern und zwischen England und Frankreich in Egypten herbeizuführen und dann Alles gutzuheißen, was die zunächst interessirten Mächte beschlossen haben, ist vielleicht keine heroische Politik, aber sie ist die nützlichste und friedlichste aller Rollen. Niemand weiß, welche Ueberraschungen die Zukunft bringt; wenn aber Fürst Bismarck das von ihm begründete Reich zur Friedensstörerin machen wollte, müßte er alle Berechnungen zu Schanden machen, welche auf dreizehn Jahre der Ausübung einer nahezu diktatorischen Gewalt an der Spitze Europas mit besonderer Klugheit und Reserve gegründet sind.

Man wird sich fragen müssen, welche Gründe die Spendung eines so rückhaltlosen Lobes von einer sonst so kritischen Seite gerade in dem jetzigen Augenblicke veranlassen mochten — was hat sich denn in Europa geändert: die Politik des Fürsten Bismarck oder die Interessen Englands?

Das heutige „Pester „Amtsblatt“ veröffentlicht die königlichen Handschriften an den Banus von Kroatien, Grafen Brijarski, und den General der Kavallerie, Freiherrn von Ramberg, mittelst deren der erstgenannte Amt entgültig entzogen, der letztere zum königlichen Kommissar ernannt wird und zwar zum Zwecke der Durchführung der durch die Ereignisse notwendig gewordenen Maßregeln sowie zur provisorischen Leitung der Landesregierung bis zur Zeit, wo das Amt des Banus wieder besetzt werden kann.“ Mit dem heutigen Tage ist also der Ausnahmezustand in Kroatien etabliert, und Baron Ramberg kann an die Erfüllung seiner Mission gehen, die Autorität des ungarischen Staates, koste es was es wolle, wiederherzustellen. In Agram hat man die Nachricht von der Ernennung des Kommissars äußerlich ruhig aufgenommen, wozu wohl auch nicht wenig die Thatsache beigetragen haben mag, daß um die kroatische Hauptstadt eine große Truppenmacht, — man spricht sogar wenig glaublicher Weise von 30,000 Mann — konzentriert werden soll. Trotz dieser militärischen Unterstützung ist indes die Aufgabe, die des Baron Ramberg harrt, eine schwere; die Stimmung in Kroatien ist fortwährend gespannt; die Unruhen dauern fort. Es vergeht kein Tag, an welchem der Telegraph nicht von neuen Ausdehnungen berichten mußte. So wird heute aus Agram gemeldet, daß auch in Dobruja Bauern-Unruhen stattgefunden haben; eine halbe Eskadron Husaren ging gegen die Aufwiegler vor, mußte sich aber zurückziehen, um Verstärkungen abzuwarten. Bei einem Angriff der Bauern auf die gegen sie gesandte Infanterie gab es auf beiden Seiten Todte und Verwundete. — In Krapina haben Zusammenstöße zwischen Bauern und Gendarmen stattgefunden, wobei ein Bauer getödtet und mehrere andere verwundet wurden. Nachdem die Gendarmen Militär herangezogen hatten, gelang es, die Menge zu zerstreuen. Die Ungarn gefallen sich darin, diesen Aufständen das nationale Motiv abzusprechen und sie auf die Steuereintreibung zurückzuführen, welche seitens der damit betrauten Organe in brutaler und oft ungerechter Weise ausgeführt werde. Sicher hat auch dies Moment an der Unzufriedenheit der Bevölkerung große Schuld; die Angriffe der Bauern richten sich aber stets gegen die Schilder mit magyarischer Aufschrift und beweisen schon dadurch, daß die ungarisch-österreichische Verfassung ist.

— Darf man den Berichten englischer Blätter Glauben schenken, so steht Frankreich in Tonkin am Vorabend eines Krieges mit China. Die französische Regierung will zwar noch immer keine Nachrichten über den Einmarsch der chinesischen Truppen in Tonkin erhalten haben, die jüngsten Meldungen des „Standard“ besätigen aber im Wesentlichen die Mittheilungen des „Reuter'schen Bureaus“ und der „Times“ und fügen bemerkenswerthe Einzelheiten hinzu. „Die hier eingetroffene Nachricht,“

schreibt das Blatt, „daß China die Herausforderung der Franzosen annimmt, und die Thatsache, daß der Krieg unvermeidlich geworden ist, haben eine große Erregtheit hervorgerufen. Diese Nachricht geht uns von den Franzosen selbst zu, welche Hai-Pang besetzt halten. Man versichert in dieser Stadt, daß 15,000 Chinesen die Grenze Tonkins bei Mong-Kai, dem Seehafen, wo diese Grenze endet, überschritten haben und in der Richtung von Hai-luong (südlich von Hanoi) vorrücken, welche Stadt augenblicklich durch zwei Kompagnien französischer Soldaten besetzt wird. Eine andere Kompagnie ist von Hanoi abgegangen, um die Garnison zu verstärken. Wahrscheinlich werden die gegenwärtig auf dem Marsche befindlichen Chinesen die schwarzen Flaggen in Bar-Nigne (wenige Meilen nordöstlich von Hanoi) erreichen. Langs dem ganzen Wege, welchen die Chinesen einschlagen, haben die Missionäre die Flucht ergriffen. Am Sonnabend haben 2000 Mann chinesische Truppen, die von Shanghai kommen, Hongkong passiert, um sich nach Kanton zu begeben. 4000 Mann, die an den Küsten des Golfs von Paloo stationirt sind, wurden an die Grenze geschickt. Die annamitischen Truppen bedrohen die französische Garnison von Nam-Dinh.“ Die Unterhandlungen zwischen der chinesischen Regierung und dem französischen Gesandten sind inzwischen abgebrochen worden. Hierüber meldet der „Nat.-Zig.“ ein Pariser Korrespondent:

Paris, 5. September. Aus sicherer Quelle verlautet, daß alle Unterhandlungen zwischen dem französischen Gesandten Lericou und der chinesischen Regierung abgebrochen sind. Es ist nun abzuwarten, ob der Marquis Tseng hier etwas ausgerichten wird.

Eine weitere Mittheilung lautet:

Paris, 5. September. Der Konseilspräsident ist heute nach Saint Die abgereist und begibt sich dann nach Mont-Joux-Baudray, wohin der Justizminister heute bereits gereist ist, um Herrn Jules Greby die gerichtlichen Ernennungen und Weisungen zu unterbreiten, welche den Admiralen Meyer und Courbet, sowie dem General Blouet im Hinblick auf das drohende Verhalten Chinas erteilt werden sollen. Die beiden Admirale werden, wie versichert wird, den Befehl erhalten, Kundgebungen an der chinesischen Küste in der Nähe von Kanton zu machen. Außer den 1100 Mann, welche am 20. v. M. nach Tonkin abgehen, werden noch 4000 Mann algerische Truppen abgedandt werden. Der chinesische Botschafter Tseng, der wegen seiner schlechten Beziehungen zu Challemel-Lacour sich nach London begeben hätte, kehrt auf Veranlassung Englands behufs Anknüpfung neuer Unterhandlungen nach Paris zurück.

— Parnell, der „ungekrönte König von Irland“, dessen Ansehen durch die feindlichen Mordthaten schwer geschädigt zu sein schien, steht jetzt wieder als der gefeierte Volkstribun da. Die für ihn ausgeschriebene Nationalsubscription wächst ungeachtet der Abmahnungen des Papstes an das irische Volk, sich daran zu betheiligen, von Tag zu Tag. Neuerdings hat der Führer der Homeule sich wieder in besonders gewählter Weise vernehmen lassen, indem er seine Anhänger zu den Maßregeln beglückwünschte, die sie von einer gesetzgebenden Körperschaft erhalten haben, welche sie gewohnt seien, als eine fremde anzusehen. Er sollte dabei der Regierung und dem Parlamente Anerkennung für das Bestreben, irischen Forderungen bis zu einem gewissen Grade gerecht zu werden. Bei der Bedeutung dieser Anstellungen Parnell's ist es begreiflich, daß man sich in den politischen Kreisen in Vermuthungen ergeht über den Zweck dieser Maßnahme, die der Führer der irischen Partei zur Schau stellt. Einige wittern ein geheimes Einverständnis zwischen Parnell und Gladstone. Der Premier steht die Regierungsgewalt immer mehr schwächend, bei Uebernahme der Geschäfte im Frühjahr 1880 zählte er 118, seitdem ist sie der konservativen Opposition gegenüber bis auf 89 herabgesunken. Es liegt ihm daran, die Irländer wieder für die Liberalen zu gewinnen; er glaubt das Ziel erreichen zu können, wenn er seinen Worten: „Irland müsse nach irischen Ideen regiert werden“ eine feste Gestalt giebt durch die Bewählung „irischer Selbstregierung“. Man will nun wissen, daß eine Home-Rule-Bill in der Ausarbeitung begriffen sei. Mit Rücksicht auf diese in Aussicht gestellte Konzeption hat Parnell bei seinen jüngsten Reden den gemäßigten Ton

angeführt. Doch findet derselbe bei der unab-  
hängigen und gemäßigten Presse keinen Widerhall.  
Die „Times“ erinnert Barnell daran, daß das eng-  
lische Volk die Gewaltthatigkeiten nicht vergessen  
habe, ebensowenig wie die gegen Barnell und Ge-  
nosse erhobenen und von ihnen nie widerrufenen Ver-  
schuldigungen der Mitschuld daran; es werde sie nie  
vergessen, wenn auch Barnell es bequem finde, dar-  
über hinweg zu gehen. Gladstone wird die ab-  
wechende Haltung der unabhängigen Presse in ernste  
Erwägung ziehen müssen; auf die Radikalen allein  
kann er sich nicht stützen und die Wägen sind eben  
so weit davon entfernt, den Irländern auch nur  
eine bedingte Selbstregierung zu bewilligen, wie die  
Tories, und die maßvollste Forderung der Barnell-  
ten geht doch auf nichts geringeres als die Errich-  
tung eines irischen Sonderparlaments.

Wie die „Newyorker Handelsztg.“ mit-  
theilt, soll der die englischen Besitzungen in Nord-  
amerika bereisende Fürst Hohenlohe-Langenburg in  
Toronto erklärt haben, die deutsche Regierung hege  
nicht die Absicht, die Auswanderung von Deutschen  
nach Kanada zu befördern, habe ihn aber ersucht,  
sich über die britischen Kolonisations-Methoden dort  
zu informieren.

### Ausland.

London, 4. September. In dem Augenblick,  
wo der Ausbruch von Feindschaften zwischen Frank-  
reich und China als eine Möglichkeit der nächsten  
Zukunft betrachtet werden kann, dürfte der Mei-  
nungsausspruch eines Mannes interessiren, der vor  
20 Jahren so viel zu der Pazifikation Chinas und  
der Aufrechterhaltung der regierenden Dynastie auf  
dem Throne von Peking beigetragen hat. Es ist  
dies General Gordon, im Volksmunde oft „Chines-  
Gordon“ genannt. Er schreibt:

„Chinas Spiel ist es und wird es stets sein,  
die Ereignisse abzuwarten, und es wird versuchen  
und dahin wirken, aus (England) mit Frankreich  
zu verwickeln, wenn es selber gezwungen ist, mit  
dieser Macht Krieg zu führen. In den Traktata-  
fäden sind vollst. Gelegenheiten für die Erreichung  
dieses Zwecks vorhanden. Menschlich gesprochen mag  
man sagen, daß ein Krieg Chinas mit Frankreich  
unser Eingreifen in sich schließen muß. Dies würde  
in vieler Hinsicht ein schlimmes Ding für die Zivi-  
lisation sein, weil die Chinesen verneinend genug sind  
und irgend ein Erfolg über Europäer ihre Arroganz  
auf einen gefährlichen Höhepunkt bringen würde.  
Und selbst wenn ihr Erfolg einem Bündnis mit uns  
zu verdanken wäre, würde unsere Hilfe leicht ver-  
gessen werden. Ein solches Bündnis würde einer  
künftigen Eintracht nicht dienlich sein. Im Ganzen  
genommen kann ich nicht denken, daß die Welt  
durch einen Krieg zwischen Frankreich und China  
in irgend einer Hinsicht in irgend etwas gewinnen  
würde, gleichviel welches Ergebnis der Kampf hätte,  
und ich bezweifle, ob er am Ende wohlthätig für  
China selber wäre. Die Franzosen mögen indes  
den Einen gewiß sein, daß die Chinesen sich aller  
neueren wissenschaftlichen Entdeckungen in der Kriegs-  
kunst bedienen und in einem Ringen mit einer ein-  
gesenen fremden Macht sehr viel auf die Dienste sol-  
cher Hilfsmittel wie Dynamit und Höllenmaschinen  
zahlen würden.“

### Provinzielles.

Stettin, 7. September. Vor Eintritt in die  
Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Stadtver-  
ordneten machte der Vorsitzende Mitteilung von  
einem von der Familie des verstorbenen Sanitäts-  
raths Dr. Meyer eingegangenen Schreiben, worin  
dieselbe den Mitgliedern der Versammlung für die  
zahlreiche Beihilgung an der Beerdigung des Ent-  
schlafenen Dank ausspricht. — Demnach hätte sich  
die Versammlung wiederum mit dem Entwurf zu  
einer neuen Straßen-Baupolizei-Ordnung für den  
Gemeinde-Bezirk der Stadt Stettin zu beschäftigen.  
Ueber die Vorlage referirt Herr Hofmeister. In  
der Sitzung am 27. Februar wurde der vom Ma-  
gistrat vorgelegte Entwurf genehmigt und vom Ma-  
gistrat demnach der k. Polizei-Direktion vor-  
gelegt, welche verschiedene Paragraphen desselben nicht  
zustimmte und um Änderung bat. Von diesen  
geforderten Änderungen betrifft nur eine die finan-  
zielle Frage und hatte sich deshalb die Versamm-  
lung nur mit dieser, welche eine Änderung des §  
22a forderte zu beschäftigen. Der Paragraph han-  
delt von der Bestellung der Bürgersekte und ver-  
langt die k. Polizei-Direktion, daß in demsel-  
ben ausdrücklich vermerkt würde, daß die jährliche  
Auswahl der zu regulierenden Straßen von der Po-  
lizei-Direktion im Einverständniß mit den städtischen  
Behörden bestimmt wird. Der Magistrat ist der  
Ansicht, daß eine derartige Fassung leicht den Wan-  
den erwecken könne, daß der Polizei-Direktion ein  
besonderes Recht eingeräumt würde; um dem ent-  
gegen zu treten, schlägt der Magistrat folgende  
Fassung der betreffenden Stelle vor: „Derjenigen  
Straßen, welche unter Zustimmung der Polizei-Dire-  
ktion durch Gemeindebeschluß alljährlich bestimmt wer-  
den.“ Der Referent schlägt die Annahme der Fas-  
sung des Magistrats vor, während Herr Hofmeister  
dagegen Ablehnung beantragt, da er befürchtet, daß  
bei der Annahme des so gefassten Paragraphen nicht  
allein Konsult mit der Polizeibehörde entstehen müsse,  
sondern auch die städtischen Behörden ein altes Recht  
preis geben würden.

Herr Syndikus Gieseler macht dar-  
auf aufmerksam, daß es sich hier um eine Polizei-  
Anordnung handelt, deren Durchführung der Po-  
lizei hauptsächlich zusteht. Im Jahre 1858 und 59 ist  
der Versuch gemacht worden, die Frage im Wege  
des Orts-Statuts zu regeln, es wurde auch ein  
solches aufgestellt, aber vom Minister verworfen.  
Referent glaubt, daß die Polizeibehörde jetzt nicht zu  
viel verlangt und betont, daß derselben auch keine

besonderen Rechte erwachsen. — Nach einer länge-  
ren Debatte wurde auch demnach die Magistratsvor-  
lage angenommen.

Eine sehr erregte Debatte rief die Vorlage be-  
treffend Bewilligung von 7070 M. zur Ein-  
stellung in den Etat pro 1884—85 zur Regulirung  
und Bepflanzung des Platzes vorm Berliner Thor hervor.  
Bereits im vorigen Jahr war der Magistrat auf-  
gefordert worden, einen Anschlag zur Regulirung  
des Platzes aufzustellen, die ungünstige Frühjahrs-  
witterung machte es der Delonomie-Deputation nicht  
möglich, sich eher mit der Sache zu befassen, jetzt  
ist von derselben ein Plan und Kostenanschlag aus-  
gearbeitet. Demnach sollen rund um den Platz 2  
Reihen Alleebäume mit 8 Mtr. Abstand angepflanzt  
werden, der verbleibende innere Platz in einer Länge  
von 72 Mtr. und einer Breite von 40 Mtr. soll  
in einem großen länglichen Oval gestaltet werden  
und einen großen Spielplatz bilden. Der nicht be-  
pflanzte Theil soll mit geschlagenen Steinen und  
einer darüber angebrachten Kieschüttung besetzt  
werden. Um die Zugluft abzuhalten, sollen an den  
Ecken des unbepflanzten Platzes Sträucher ange-  
pflanzt werden und in einer dieser Strauchpflanz-  
gen auch die Bedürfnis-Anstalt Platz finden.

Herr Tieß, welcher über die Vorlage refe-  
rirt, bemängelt zunächst, daß die Vorlage wiederum  
nicht als vollständig betrachtet sei, weil die Kosten  
für Belegung der Bedürfnisanstalt und die jähr-  
lichen Unterhaltungskosten in dem Anschlag nicht  
aufgeführt seien. Ferner beantragt er im Namen  
der Finanz-Kommission die Ablehnung der Ma-  
gistrats-Vorlage. Die Finanz-Kommission sei zwar mit  
dem Magistrat in der Idee einig, daß der Platz  
zu einem Spielplatz eingerichtet werde, dagegen könne  
sie sich nicht mit dem Plan der Delonomie-Deputa-  
tion einverstanden erklären, da auf einen Spielplatz  
ohne allen Schatten Niemand seine Kinder schicken  
würde. An den Thorpflanzungen sei die Hitze im  
Sommer fast tropisch zu nennen und empfehle es  
sich daher, möglichst auf Herstellung von Schatten  
Bedacht zu nehmen. Deshalb beantragt die Finanz-  
Kommission, den vorgelegten Plan abzulehnen und  
den Magistrat zu ersuchen, eine neue Vorlage zu  
entwerfen, in welcher eine vollständige Befestigung  
des Platzes mit Bäumen und eine durchgehende Befestigung  
des Platzes ausgeführt ist.

Herr Dr. Dohrn hebt hervor, daß sich die  
Delonomie-Deputation eingehend und wiederholt mit  
dem Entwurf des Planes beschäftigt und hat schließ-  
lich den jetzt vorliegenden als am praktischsten befan-  
den. Es ist bei demselben allerdings hauptsächlich  
auf einen Spielplatz, nicht auf einen Schwand-  
platz Rücksicht genommen worden, dabei wird auch dem  
Wunsch der Passanten nach Schatten genügt, indem  
zu beiden Seiten Baumalleen projektiert sind. Die  
Delonomie-Deputation hat dem vom Redner ge-  
machtem Vorschlag zugestimmt, daß der mittlere  
Spielplatz ohne Schatten eingerichtet werde, weil die  
Erfahrung gelehrt hat, daß die Kinder zu ihren  
Spielen vornehmlich solche Plätze suchen, wo sie  
durch Bäume nicht an freier Bewegung gehindert  
sind. Wollte man aber durchaus Schatten haben,  
so lasse sich auch dadurch abhelfen, man am  
inneren Rand einige Bäume anpflanzt. Was den  
Einwand betreffe, daß kein Kostenanschlag der Un-  
terhaltungskosten beigelegt sei, so sei dies richtig,  
aber die Kosten werden, abhängig der etwa we-  
derkührenden Befestigung, sehr gering sein. Sollte der  
ganze Platz mit Bäumen bepflanzt werden, wie dies  
die Finanzkommission wünscht, so könnte eine ganze  
Reihe von Kinderspielen nicht ausgeführt werden.  
Auch in anderen Städten, z. B. in Berlin im Thier-  
garten seien auf allen Spielplätzen die Bäume in  
der Mitte fortgenommen. Was den Kostenpunkt  
betreffe, so würde bei einer gänzlichen Anpflanzung  
von Bäumen auf dem Platz die Anlage nicht  
unerheblich höher zu stehen kommen, weil dann der  
ganze Untergrund in der Weise befestigt werden  
müßte, wie bei der Vorlage des Magistrats nur an  
den unbepflanzten Stellen projektiert sei. Redner bit-  
tet, die Vorlage des Magistrats anzunehmen.

Herr Gressfath tritt für den Antrag der  
Finanz-Kommission ein. Er bestritt, daß die Kos-  
ten bei vollständiger Baumanpflanzung theurer kämen,  
in der Finanzkommission sei vielmehr berechnet wor-  
den, daß ca. 1000 Mark erspart würden. Aber  
nicht diese Einsparnis habe die Finanzkommission ver-  
anlaßt, die Ablehnung der Magistratsvorlage zu em-  
pfehlen, sondern nur den Wunsch, eine möglichst  
praktische Anlage herzustellen. Werde der Platz  
gänzlich mit Bäumen bepflanzt, so biete derselbe  
nicht nur ausreichenden Schatten, sondern auch ge-  
eignete Spielplätze, denn es bliebe zwischen jedem  
Baum ein Zwischenraum von 8 Metern. Ein derar-  
tiger Spielplatz würde sicher den Wünschen der  
Eltern entsprechen, denn wenn dieselben auch im  
Frühjahr ihre Kinder gern auf sonnige Plätze schick-  
ten, im Hochsommer denken sie sicher nicht daran,  
im Gegenteil werden dann nur schattige Stellen  
gesucht. Redner schwärzte schließlich noch für einen  
an einer Mauer gelegenen, mit Bäumen bepflanz-  
ten Platz, den er in Koblenz gesehen und den er  
für das non plus ultra aller Spielplätze hält.

Herr Oberbürgermeister Hahn: Der Magistrat  
ist mit der Finanzkommission darüber einig, daß vor  
dem Berliner Thor ein Spielplatz und kein Schwand-  
platz hergestellt werden soll, es frage sich nur, wel-  
chem Projekte der Ausführung der Vorzug gegeben  
werden solle und da könne er nur den von der  
Delonomie-Deputation entworfenen Plan empfehlen.  
Nach demselben biete der Platz ringum schattige  
Baumalleen, das genügt für Kühlung und Schat-  
ten. Der im inneren Bereich verbleibende Platz ist  
vollständig geschützt durch die Bushalbanlagen, welche  
in den Ecken in Aussicht genommen sind und er  
eignet sich durch seine Ausdehnung auch sehr gut

zum Spielplatz, denn er umfaßt in der Dussard-  
30, in der Längenangabe 65 Meter.

Herr Stadtrath Dräger macht darauf auf-  
merksam, daß der innere Platz auch nicht ohne  
Schatten bleibe, denn wenn die denselben einschlie-  
ßenden Alleebäume eine Höhe von 15 Metern ha-  
ben, so werfen sie in den Hauptspielmonaten August,  
September und Anfang Oktober auch einen Schat-  
ten von 15 Metern über den Platz. Wenn vom  
Referenten montirt worden sei, daß im Anschlag  
nicht die jährlichen Unterhaltungskosten in Anschlag  
gebracht seien, so sei dies ganz berechtigt, da die  
Unterhaltungskosten nicht zum Anschlag gehören.  
Uebrigens werden sich diese Kosten fast auf Nichts  
belaufen.

Herr Grafmann: Die Finanz-Kommission  
lebt immer in dem Wahne, daß sie eine über  
allen übrigen Kommissionen und Deputationen ste-  
hende Kommission sei, sie besetzt sich stets nicht nur  
mit der Prüfung der finanziellen Fragen der Vor-  
lagen, sondern auch der technischen Seite und die-  
sen Versuch hat sie auch diesmal mit dem Plane  
der Delonomie-Deputation gemacht, aber dieser Ver-  
such ist ihr gänzlich mißglückt. Zunächst wird be-  
hauptet, der Platz biete für die Passanten keinen  
Schatten; dies trifft nicht zu, denn am Kirchplatz  
ist nur eine Reihe Bäume angebracht und diese  
biete hinlänglich Schatten, um wie viel mehr müßte  
dies der neue Platz am Berliner Thor thun, da dort  
2 Reihen Bäume projektiert seien. Wenn gesagt  
wird, die Eltern werden die Kinder nicht auf einen  
sonnigen Platz schicken, so ist dies auch nicht rich-  
tig, denn die Kinder bedürfen gerade recht viel  
Sonne, dieselbe wird ihrer Gesundheit nur zuträglich  
sein. Aus demselben Grunde die Spielplätze  
bepflanzt werden sollen, müssen auch die Turnplätze  
mit Bäumen bepflanzt werden und dies wird Nie-  
mand finden. Der Vorschlag der Finanz-Kommission,  
aus dem Platz einen Wald zu machen, hätte  
nur den Erfolg, daß ein Jagdplatz geschaffen würde,  
auf welchem der Wind von allen Seiten mit den  
Kindern sein Spiel treiben könnte. Die Delonomie-  
Deputation hat über den Plan 3 Wochen be-  
rathen und diese Berathung dürfte wohl eingehen-  
der ausgefallen sein, als die einstündige der Finanz-  
Kommission. Außerdem könne man auf das Ur-  
theil eines Mitgliedes der Delonomie-Deputation,  
des Herrn Dr. Dohrn, in Fragen, welche auf An-  
lagen von Plätzen Bezug haben, mehr geben, als  
auf das Gutachten der gesammten Finanz-Kom-  
mission.

Herr Dr. Wolff ist der Ansicht, daß es  
nicht möglich sei, einen Spielplatz zu schaffen, der  
allen Anforderungen genügt; zu einem gänzlich mit  
Bäumen bepflanzten Platz werden sich die größte-  
ren Kinder nicht hingezogen fühlen. Diese müssen  
einen größeren freien Platz haben, wo sie sich un-  
gehindert bewegen können. Solche Plätze fehlen  
aber bisher gänzlich in unserer Stadt und es sei da-  
her mit Freuden zu begrüßen, daß durch den von  
der Delonomie-Deputation entworfenen Plan der  
Anfang gemacht ist zur Schaffung derartiger Spiel-  
plätze.

Herr Gressfath sucht die Finanz-Kom-  
mission gegen die Ausführungen des Herrn Graf-  
mann dadurch in Schutz zu nehmen, daß er Herrn  
Grafmann vorwirft, derselbe habe es sich zum  
Privatgemacht, gegen die Finanz-Kommission auf-  
zutreten.

Nachdem noch die Herren Kettner und  
Sauter das Wort ergriffen, wird ein Antrag  
auf Schluß der Debatte angenommen. Herr  
Grafmann entgegnet in einer persönlichen Be-  
merkung, daß es thatsächlich unrichtig sei, wenn  
Herr Gressfath behauptet hat, er trete stets gegen  
die Finanz-Kommission auf. In Wahrheit habe er  
ebenso oft den Anträgen derselben zugestimmt.  
Wenn dieselben aber nicht im Interesse der Sache  
liegen, so halte er es für seine Pflicht, scharf ge-  
gen solche Anträge aufzutreten und er werde auch  
fernerhin das Gleiche thun.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage des  
Magistrats mit großer Majorität (30 gegen 18  
Stimmen) angenommen.

In der Versammlung vom 20. März beschloß  
die Versammlung den Magistrat um Auskunft zu  
bitten, ob es nicht möglich sei, bei der Umlegung  
unterirdischer Leitungen und bei Umpflasterungen der  
Straßen nach einheitlichem Plane vorzugehen, da-  
mit nicht die wiederholten Ausfertigungen derselben  
Straßentheile erfolgte und unnützige Kosten vermie-  
den würden. Der Magistrat hat darauf juridisch ge-  
äußert, daß in dem Spezialfalle bei der Kanalisirung  
vor dem Dr. Dohrn'schen Hause, der zu dem  
Beschluß der Versammlung Anlaß gegeben, aller-  
dings wiederholte Ausfertigungen des Planes vor-  
genommen seien, dieser Fall ließe aber vereinigt da  
und in Zukunft soll möglichst darauf Bedacht ge-  
nommen werden, daß alle doppelten Arbeiten ver-  
mieden würden.

Die Adjunkten der Kronenstraße, Bielen-  
allee und der angrenzenden Straßenthelle haben  
sich schon wiederholt mit Gesuchen an die Versamm-  
lung gewandt wegen der Freilegung und Her-  
stellung der Kronenstraße zwischen der Bugenhagen-  
straße und Bierallee. Auch jetzt liegt wieder ein  
derartiges Gesuch vor, über dasselbe wird jedoch zur  
Tagesordnung übergegangen, da die von der Stadt  
mit Herrn Kommerzienrath Köpfer gehaltenen Ver-  
handlungen wegen Uebernahme des in Frage stehen-  
den Terrains gescheitert sind. — Von dem Besitzer  
der Grundstücke Holzstraße 15—17 ist das Gesuch  
eingegangen, auf diese Grundstücke aus städtischen  
Mitteln noch eine Hypothek in Höhe von 16,734  
Mark auszuliehen. Herr Hofmeister, welcher dar-  
über referirt, bittet das Gesuch abzulehnen, da städti-  
sche Gelder nie über die Hälfte der städtischen Feuer-

laffe ausgeliehen werden sollen, die hier geforderte  
Hypothek aber mit  $\frac{2}{3}$  der Feuerkasse schlägt. Die  
Versammlung beschließt demgemäß, dagegen werden  
gegen den Antrag des Herrn Köpfer 14,100 M.  
aus Kammerrfonds auf das Grundstück Klosterhof  
26 ausgeliehen.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung  
bieten kein besonderes Interesse und wurden den  
Vorlagen des Magistrats gemäß angenommen. Wir  
erwähnen davon nur noch, daß den vielfachen Ge-  
suchen der Bewohner der Altdammerstraße Folge ge-  
geben ist und 12,340 M. zur Einstellung in den  
nächstjährigen Etat bewilligt wurden für Entwässer-  
ungsanlagen des vorderen Theils der Altdammer-  
straße bis zur Freiburger Bahn.

### Kunst und Literatur.

Theater für heute. Bellevue-theater:  
„Ganne Nütte un de lütte Pudel.“ Rändliches Cha-  
rakterbild in 6 Bildern.

### Vermischtes.

(Die Schriftsteller und Zeitungsredakteure  
im deutschen Reich.) Die neueste deutsche Berufs-  
erhebung vom 5. Juni 1882, deren vorläufige  
Ergebnisse in dem Aprilhefte der Monatshefte zur  
Statistik des deutschen Reichs für das Jahr 1883  
veröffentlicht sind, verschafft uns u. A. auch einen  
Ueberblick über die Zahl der deutschen Schriftsteller  
und Zeitungsredakteure. Dieselben sind der Haupt-  
gruppe XXIII zugewiesen, in welcher „Militär-,  
Hof-, bürgerlicher und kirchlicher Dienst, auch so ge-  
nannte freie Berufsarten“ verzeichnet stehen. In  
der Abtheilung 6 dieser Gruppe finden wir „Schrift-  
steller, Zeitungsredakteure und Korrespondenten,  
Privatgelehrte, Schreiber u. s. w.“ aufgeführt.  
(Unter letzteren sind wohl meist nur Schreiber von  
Redaktionen begriffen.) Die deutsche Berufsstatistik  
hat nun 19,350 Personen ermittelt, welche nach  
ihrem Hauptberufe Schriftsteller, Zeitungsredakteure  
und Korrespondenten, Privatgelehrte, Schreiber u.  
s. w. waren, und zwar 19,000 männliche und  
350 weibliche. Unter diesen 19,350 Schriftstellern  
waren 18,142 ohne Nebenberuf und 1208 hat-  
ten Nebenberuf. Von den 1208 Schriftstellern  
mit Nebenberuf waren mit ihrer Nebenbeschäfti-  
gung erwerbsthätig: 602 in der Land- und Forst-  
wirtschaft, Jagd und Fischerei, 91 im Bergbau  
und Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen, 474  
im Handel und Verkehr, 4 in Lohnarbeit wechsel-  
nder Art und v. a. d. lichen Dienstleistungen, 186 im  
Staats-, Gemeinde- und Kirchendienst und in dem  
sogenannten freien Berufsarten. Die gesammten  
19,350 Schriftsteller hatten 1616 Dienende für  
häusliche Dienste, im Haushalt der Herrschaft le-  
bend, und 14,813 Angehörige, so daß sich die  
Gesammtzahl der Erwerbsthätigen, Dienenden und  
Angehörigen des Schriftstellerberufs auf 35,779  
Personen beläuft, von denen 23,283 männlicher  
und 12,496 weiblichen Geschlechts waren. Zu den  
19,350 erwerbsthätigen Schriftstellern im Haupt-  
berufe kommen nun noch 2221 Personen, welche  
den Schriftstellerberuf nur als Nebenberuf betrei-  
ben und zwar 2140 männliche und 81 weibliche  
Personen. Die Gesammtzahl der Personen, welche  
den Beruf als Schriftsteller zc. als Haupt- oder  
Nebenberuf ausüben, beträgt mithin 21,571 Perso-  
nen. Alle diejenigen, welche im Schriftsteller-  
berufe stehen, werden sich wundern, daß es im  
deutschen Reich nur 2221 Personen geben soll,  
welche den Schriftstellerberuf als Nebenberuf trei-  
ben. Diese Zahl erscheint viel zu niedrig und ist  
nur dadurch erklärlich, daß die große Mehrzahl  
der deutschen Schriftsteller, Beamten, Expedienten und  
Geschäftsmänner es unterlassen haben wird, die  
Schriftstellerei und Zeitungsredaktion als Neben-  
beruf anzugeben, wie denn überhaupt die deutsche  
Berufsstatistik in Betreff der Nebenberufe wohl die  
größten Lücken aufzuweisen haben wird.

Eine s p a s s a n t e E p i s o d e von dem  
neulich in Döbende stattgehabten Bettrennen:  
Der König Leopold wohnte dem Rennen von einer  
Tribüne aus bei. Während er sich mit einigen  
Herren seiner Begleitung unterhält, kommt ein eng-  
lisches Ehepaar vorbei. Die Dame kößt ihren  
Gatten an, weiß auf den König und sagt: „The  
King“. Der Engländer stellt sich darauf gerade  
vor den belgischen Monarchen hin, holt aus seiner  
Tasche eine Anzahl Münzen hervor, nimmt davon  
ein belgisches Francstück, betrachtet abwechselnd den  
König und dessen Bildnis auf dem Geldstück und  
ruft endlich aus: „O yes, the King!“ König  
Leopold, der diese Scene beobachtet hatte, lachte von  
ganzem Herzen.

### Telegraphische Depeschen.

Leipzig 5. September. Die in der bevor-  
stehenden Michaelismesse in den Räumen der Leip-  
ziger Borsenhalle abgushaltende Garbörse wird Frei-  
tag, 21. September er., ihren Anfang nehmen.

Paris, 6. September. Der König von Spa-  
nien ist heute Morgen hier angekommen, und wurde  
auf dem Bahnhof von dem spanischen Botschafter,  
Herzog von Guanacax, und dem Personal der  
spanischen Botschaft empfangen. General Pittié  
begreißte den König im Namen des Präsidenten der  
Republik; die belgische spanische Kolonie hatte eine  
Deputation entsandt. Der König, der sehr wohl  
ausah, wechselte einige Worte mit dem Herzog von  
Fernan Nunez und fuhr dann nach dem Gesand-  
tschaftshotel, wo er seine Wohnung nimmt.

Konstantinopel, 6. September. Da in Bey-  
rut seit dem 7. August kein Cholerafall mehr vor-  
gekommen ist, so beschloß der Sanitätsrath, Beyrut  
und die syrische Küste dem freien Schiffsverkehr wie-  
der zu eröffnen.